

Inge Günther  
REDE DINO, 13. November 2017.

Lieber Professor Bremer,  
lieber Herr Erdenberger,  
lieber Herr Überall,  
lieber Herr Dressler,

als ich im Januar 1996, zwei Monate nach dem Mord an Jitzchak Rabin, zunächst für die Frankfurter Rundschau und den Kölner Stadtanzeiger nach Jerusalem ging, glaubten viele Menschen auf beiden Seiten, Israelis wie Palästinenser noch an einen Friedensprozess. „Gehen Sie auch zur PLO-Vertretung?“, fragte mich der Sprecher der israelischen Botschaft, die damals noch ihren Sitz in Bonn hatte und bei der ich in den Tagen vor dem Abflug nach Tel Aviv einen Antrittsbesuch als neue Nahostkorrespondentin machte. „Ja, natürlich“, erwiderte ich, worauf der Botschaftssprecher meinte: „Dann bestellen Sie doch bitte den palästinensischen Kollegen schöne Grüße.“

So war die Stimmung damals. Der vier Jahre zuvor begonnene Osloer Prozess trug schon Blessuren, der große Enthusiasmus war abgeflaut, angesichts diverser Gewalttaten, die auch ich gleich zu Beginn meiner Zeit erlebte, als Busse in Jerusalem explodierten. Noch davor, 1994, geschah das Attentat in der Ibrahimi-Moschee in Hebron auf Palästinenser beim Morgengebet. Es gab starke Friedensgegner auf beiden Seiten, jüdische Rechtsextremisten und die Islamisten von Hamas und Dschihad. Aber die Mehrheit auf beiden Seiten war für Frieden. Der Osloer Prozess ist unumkehrbar, hieß es in Kommentaren.

Ein Irrtum, wie wir heute wissen. Mehr als zwanzig Jahre nach der Zeit des Aufbruchs herrscht eisiges Schweigen auf der politisch-diplomatischen Ebene (ausgenommen Wasser und Sicherheit). Und auf der menschlichen Ebenen scheut man sich vor Kontakten zur anderen Seite, für die man unter den eigenen Leuten schnell schief angesehen wird. Sperrwall, Messer-Intifada haben auch die unsichtbaren Mauern aus Angst und Vorurteilen noch verstärkt. Das Miteinander ist in den bald fünfzig Jahren der israelischen Besatzung immer unmöglicher geworden. Gleichzeitig sind beide Völker immer unlösbarer miteinander verstrickt, wie ein Blick auf die Landkarte, insbesondere des Westjordanlandes mit den palästinensischen Autonomieinseln und den darum verstreuten israelischen Siedlungen zeigt.

Wir Auslandskorrespondenten pendeln. Wir können mit allen reden, mit Hamas und Fatah, mit Militärs, Vertretern aller Knessetfraktionen und natürlich den Bürgerrechtlern jener linken NGOs, die so sehr unter den Druck der Regierungspolitik in Jerusalem geraten ist. Wir besuchen Siedlungen in der Westbank genauso wie arme palästinensische Dörfer in den Hügeln hinter Hebron. Und wir Auslandsjournalisten können – anders als die Kollegen aus Israel und der Westbank – in den Gazastreifen reisen. Aber auch wir müssen uns inzwischen immer öfters der Kampagnen erwehren, die Parteinahme für eine Seite verlangt und die Augen vor der anderen Seite verschließt. Auch deshalb danke ich von Herzen der DINO für diesen Preis, eine Wertschätzung meiner Arbeit, die zugleich den Rücken stärkt.

Wer den Nahostkonflikt verstehen will, sollte zumindest den Versuch unternehmen, sich in die Lage der Betroffenen zu versetzen. Öfters mal die Perspektiven zu wechseln, ist ein gutes journalistisches Prinzip, an dem ich mich orientiere. Auch eine gewisse Distanz zu wahren, halte ich für wichtig, um sich nicht Vereinnahmungen zu lassen. Aber bei allem Bemühen um einen objektiven Blick (ein relativer Begriff) bin ich natürlich nicht neutral. So komplex der Konflikt ist, Besatzungsrecht und Siedlungspolitik sind sein Kernproblem.

Menschenrechte müssen für Palästinenser genauso gelten wie für Israelis. Daran sollte sich auch eine politische Lösung dieses jahrhundertalten Konflikts orientieren, wie immer sie aussehen mag. Ich selbst bin nach wie vor überzeugt, dass eine Zwei-Staaten-Lösung das beste Lösungsmodell wäre. Das Ein-Staaten-Modell scheint mir eine Illusion, wenig geeignet, Israelis mehr Sicherheit zu verschaffen, und den Palästinensern volle Bürgerrechte. Dabei ist die Gefahr groß, dass ohne politische Lösung der jetzige Zustand eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in einem Staat zementiert und sich am Ende tatsächlich nur als Apartheid-System beschreiben ließe.

Machtverhältnisse bleiben allerdings nicht wie sie sind. Wer nicht darauf warten will, bis dramatische Umbrüche in der Region oder eine Naturkatastrophe irgendwann einschneidende Veränderungen erzwingen werden, muss seinen Kopf bewegen. Zu sagen, es gibt keine politische Lösung, sollte man jenen überlassen, die keine wollen.

ENDE